

Export vs. Menschenrechte

Wirtschaft: Seite 5



Deutsche Oscarhoffnung

Im Gespräch: Seite 6

ZEITUNG DER DEUTSCHEN IN DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK

LandesZeitung

Prag, 30. Oktober 2012 | Nr. 22 Jahrgang 18 | 11,00 Kč (im Abonnement 10,50 Kč)

www.landeszeitung.cz

Gemeinsam gegen Neonazis

Deutsche und tschechische Polizisten üben den Einsatz bei Demonstrationen.



Auf den geschichtsträchtigen Straßen von Theresienstadt (Terezín) übten Mitte Oktober deutsche und tschechische Polizeieinheiten eine gemeinsame Aktion gegen rechtsextreme Demonstrationen. Insgesamt 565 Teilnehmer, einschließlich Statisten, probten den Eingriff gegen einen Neonazi-Aufmarsch, der von linken Gegendemonstranten angegriffen wird. „Die Übung fand einem ganz normalen Alltag statt. Aber so, dass niemand verletzt wurde“, sagt der Leiter des Einsatzkommandos Aussig an der Elbe (Ústí nad Labem) Petr Vagner.

Mit den deutschen Kollegen aus dem sächsischen Kreis Chemnitz möchten die tschechischen Polizisten langfristig gemeinsame Fragen der Kommunikation und Logistik erörtern. In diesem Sinne absolvieren die Gesetzeshüter auf beiden Seiten der Grenze deutsche beziehungsweise tschechische Sprachkurse. „Solche gemeinsamen Übungen haben wir jedes Jahr, entweder auf der deutschen oder tschechischen Seite“, erklärt Christian Ott von der Chemnitzer Polizeidirektion.

Rasante und Gesprächig

Die diesjährige Übung war als angemeldeter Neonazi-Marsch auf ein Wohnheim für sozial Schwache konzipiert, der an einigen Stellen von Anarchisten angegriffen wurde. Während der Auseinandersetzungen und dem darauf folgenden Polizeieinsatz wurde klar, dass die Polizisten beider Länder verschiedene Taktiken nutzen: Die Deutschen griffen



Die tschechische Polizei will in Zukunft noch rasanter mit Neonazis umgehen.

Foto: Vladislav Galgonek/čtk

eine Demonstration von Anhängern der rechtsextremen „Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit“, die unter anderem an einigen Roma-Wohnheimen vorbeiführte. Während der Demo kam es zu einigen kleineren Streitigkeiten mit Linksradiakalen, die

hundert Polizisten in den Zipfel abkommandiert wurden, kosteten den Staat über 70 Millionen Kronen (umgerechnet etwa drei Millionen Euro).

„Die Deutschen müssen jedes Jahr Rechts- und Linksextremisten bei Massenaufmärschen in Dresden auseinanderhalten“, schreibt čtk weiter. Hinter dieser Behauptung versteckt sich aber eine Halbwahrheit. Denn den Neonazis, die in Dresden jeden Februar zum Jahrestag der Bombardierung der Stadt marschieren, stellen sich nicht nur Linksextremisten, sondern auch Menschen aus verschiedenen Ecken der deutschen Zivilgesellschaft in den Weg – einschließlich demokratischer Lokalpolitiker. Nichtsdestotrotz: Bei Zusammenstößen zwischen Neonazis und Gegendemonstranten wurden in Dresden 2011 über 100 Polizisten verletzt.

Der Autor ist Redakteur des Roma-Nachrichtenportals Romea.

Sowohl in Tschechien als auch Deutschland hat man Erfahrungen mit Aufmärschen rechter Extremisten.

gleich sehr rasant ein, die Tschechen versuchten, die Situation durch Gespräche mit den Extremisten zu deeskalieren. Unerwartet für die eingreifenden Polizisten waren, selbstverständlich gespielte, Verletzungen, die untersucht werden mussten. Sowohl in Tschechien als auch in Deutschland hat man Erfahrungen mit Aufmärschen rechter Extremisten.

Die polizeiliche Sondereinheit der Region Aussig zum Beispiel wachte erst vor wenigen Wochen über

versuchten, die Neonazis zu provozieren. „Mit ähnlichen Situationen war die Polizei im vergangenen Jahr von August bis Oktober im Schluckenauer Zipfel konfrontiert“, kommentierte die tschechische Nachrichtenagentur čtk den Aussiger Polizeieinsatz.

Dort kam es allerdings nicht zu Konflikten mit linken Antifaschisten. Die einige Wochen andauernden Maßnahmen in den Städten Warnsdorf (Varnsdorf) und Rumburg (Rumburk), während derer einige

Junge Tschechen im Deutschen Bundestag

Noch ganz frische Eindrücke vom „Internationalen Parlaments-Stipendium“ (IPS) des Deutschen Bundestages hat Petra Kouřimská, die das Stipendium in diesem Jahre absolvierte. „Es war sehr interessant und abwechslungsreich. Ich könnte jetzt eine halbe Stunde ohne Pause davon erzählen“, berichtet Petra Kouřimská begeistert von ihrem Stipendiaufenthalt, der dazu dient, jungen Menschen aus der ganzen Welt die demokratischen Entscheidungsprozesse in der Bundesrepublik näherzubringen.

Außer der Arbeit direkt im Bundestag konnte Petra Kouřimská an Konferenzen und Workshops zu den unterschiedlichsten Themen teilnehmen. „Islam in Deutschland, dann Rohstoffpolitik der Bundesrepublik und am nächsten Tag zum Beispiel eine Konferenz zum Thema Verfassungsgericht in

Deutschland“, zählt sie auf. Jetzt arbeitet die studierte Germanistin an der Wahlkampagne des Präsidentschaftskandidaten Karel Schwarzenberg mit.

Eliten schaffen

Die Stipendien im Deutschen Bundestag gibt es schon seit mehr als 20 Jahren. Neben den Erfahrungen mit der Arbeit im Parlament selbst bekommen die jungen Leute gute Kontakte zu verschiedenen Ansprechpartnern in Berlin und auch in anderen Ländern. Denn die Bindungen unter den Stipendiaten lösen sich nach der Heimkehr nicht. „Viele der Stipendiaten wurden Minister oder Staatssekretäre in ihren Ländern. Es freut mich, wenn ich zu einem Staatsbesuch fahre und da kommt mir plötzlich der Staatssekretär irgendwie bekannt vor. Und dann stelle ich fest, dass es mein ehemaliger Stipendiat ist“, erzählt Michael Reinold, Regierungsdirektor des Referats für Internationale Austauschprogram-

me im Bundestag. „Sie bilden Netzwerke von Leuten, die in ein paar Jahren zu den Eliten ihrer Länder gehören und so haben sie schon gute Kontakte“, sagt Reinold.

Die besten Bewerber auszuwählen, das war unter anderem Aufgabe für den Abgeordneten Arfst Wagner (Die Grünen). „Die Kriterien sind selbstverständlich Deutschkenntnisse und eine hohe Motivation. Ob der Bewerber nur etwas für sich selbst aus dem Stipendium haben will oder ob er wirklich an der Politik interessiert ist und Kontakte knüpfen will und für die Gesellschaft arbeiten will“, erklärt Wagner, der auch einen der Stipendiaten in seinem Büro beschäftigen wird, die Prinzipien des Auswahlverfahrens. Zum Schluss äußert er noch einen Wunsch: „Es wäre schön, wenn auch deutsche Studenten zu einem solchen Stipendium ins tschechische Parlament gehen könnten, um die Prozesse in Tschechien kennenzulernen.“

MARTIN KARLÍK

Editorial



Sehr geehrte Leserinnen und Leser der LandesZeitung, liebe Freunde,

dieser Monat stand für die Tschechische Republik im Zeichen der Wahlen. Erst fanden die Wahlen für die Regionalparlamente statt, danach für den Senat. Die ČSSD (die Tschechische Sozialdemokratische Partei) und die KSČM (die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens) haben Grund zum Feiern. Sowohl bei den Kreis- wie auch den Senatswahlen haben sie enorm gepunktet. Schon die ersten Schlagzeilen verkündeten, dass die Tschechen die Grausamkeiten des kommunistischen Regimes vergessen haben. Der Meinung bin ich nicht. Sie sind eher frustriert. Frustriert durch die Politik, die Arroganz ihrer Protagonisten und ihre unendlichen Betrugsaffären.

Weiter geht's im Forum, Seite 1

Rettung in Sicht



EVA-MARIA WALTHER

Eine neu gegründete gemeinnützige Gesellschaft könnte das denkmalgeschützte ehemalige Kurbad Kyselka (Gießhübl-Sauerbrunn) in letzter Sekunde vor dem Verfall bewahren. Ihr Gründer, Vladimír Lažanský, hat bereits das Schloss Chyš (Chiesch) na Karlovarsku vor dem Verfall bewahrt und ist zuversichtlich, dass ähnliches auch in Kyselka gelingen kann. Im Rahmen des Projektes sollen aber sämtliche Bauobjekte und Grundstücke in den Besitz der gemeinnützigen Gesellschaft übergehen. Ziel der Gesellschaft ist es, finanzielle Mittel zur Restaurierung der verfallenen Gebäude zu beschaffen, außerdem soll ein neuer Verwendungszweck für das Areal gefunden werden. Die Bauarbeiten sollen beginnen, sobald die Mitglieder der Gesellschaft die Verträge unterschrieben haben.

Die Karlsbader Mineralwasser AG „KMV“ gewährte dem Projekt eine Starthilfe in Höhe von 20 Millionen Kronen (80 000 Euro). Diese Geste mag verwundern, weigerte sich die Gesellschaft unter der Leitung von Direktor Alessandro Pasquale noch bis vor kurzem strikt, die schwer beschädigten Gebäude renovieren zu lassen. Jetzt kündigte der Konzern an, noch vor Winterbeginn die Gebäude, die sich in seinem Besitz befinden, sanieren zu lassen. Gemunkelt wird, dass die stiefmütterliche Behandlung Kyselkas einen zu großen Imageverlust für die KMV bedeutet hat, den sie jetzt gutmachen will. Die Bürgerinitiative „Rettet Kyselka!“ sowie die „Assoziation zur Rettung des Kulturerbes der Tschechischen Republik“ (ASORKD) zeigten sich erfreut über diesen Etappensieg. „Wenn sich die Gesellschaft zusammenschließt, erliegt selbst eine Firma mit Milliardengewinnen diesem Druck“, resümiert Martin J. Kadřman, Vizepräsident der Denkmalschutzorganisation ASORKD.

Im Bild



Bis 1980 verkehrten Straßenbahnen auf dem Prager Wenzelsplatz. Jetzt will der Prager Magistrat diese Tradition wiederbeleben. Einer entsprechenden Planänderung haben die Ratsherren Prags vor ein paar Tagen zugestimmt.



LandesZeitung

Die LandesZeitung wurde 1994 gegründet und erscheint vierzehntägig. Sie wird herausgegeben von der Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien und versteht sich als Medium des deutsch-tschechischen Dialogs.

sn|lv